



VISIONEN FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA

**Wie geht Frieden in Europa
nach dem Ukrainekrieg?**

**Es geht los! Bürgerräte
im Bundestag**

**Die neue Gesprächsreihe
„Sprechen und Zuhören“**



Ein demokratisches Europa braucht eine Friedensordnung, die den eigenen Werten entspricht und wehrhaft ist. Wir stellen verschiedene Ansätze vor.

ab Seite 28



Der UN-Weltsicherheitsrat entspricht den Machtverhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg, aber nicht den Herausforderungen einer globalen friedensstiftenden Kooperation. Ist er dennoch reformierbar?

ab Seite 36



Noch in diesem Jahr soll es in der Regie des Bundestages den ersten losbasierten Bürgerrat geben. Was sind die Kriterien für einen Erfolg und was empfiehlt Mehr Demokratie?

ab Seite 46

Inhalt

Europa im Umbruch

- 4 Einleitung
- 6 Gegen Krieg und Krisen. Mehr Demokratie wagen!

Visionen für ein demokratisches Europa

- 10 Europa, wirst du dich bewähren?
- 12 Elemente einer neuen Verfassung
- 15 Zehn Jahre europäische Bürgerinitiative - ein Blick nach vorn
- 18 Konferenz zur Zukunft der EU: Beteiligung wirkt!
- 20 Politik der Unwahrscheinlichkeiten
- 22 Krieg in der Ukraine - braucht es eine institutionelle Neuordnung Europas?

Reaktionen von Mehr Demokratie auf den Krieg

- 25 Die Position von Mehr Demokratie
- 26 Rede auf der Friedensdemo in Berlin am 13.03.2022

Neue europäische Friedensordnung

- 29 Was kommt nach dem Krieg?
- 31 Friedens-Bausteine nach dem Ende der Ära Putin
- 33 Sicherheit neu denken

UNO

- 37 Der Welt-Unsicherheitsrat und der Ukrainekrieg
- 37 Ist der UN-Sicherheitsrat noch reformierbar?

Dialogkunst

- 40 „Sprechen und Zuhören“ - ein neues Format bei Mehr Demokratie

Bürgerräte

- 43 Neue Perspektiven für Bürgerräte
- 46 Zur Umsetzung von Bürgerräten im Bundestag

Rezension

- 49 Heike Pourian: „Wenn wir wieder wahrnehmen.“

Mensch und Politik

- 51 Zum Rücktritt von Anne Spiegel

FAQ

- 53 Wie positioniert sich Mehr Demokratie?

BMV

- 54 Sprechen und Zuhören - das war die Bundesmitgliederversammlung

Ländertelegramm

- 56 Neues aus den Landesverbänden

Der demokratische Spruch

- 58 Willy Brandt

Liebe Leserinnen und Leser,

Wer die Welt verändern will, kann gar nicht groß genug denken.

Die Ereignisse in der Welt fordern genau das: groß denken! Wir brauchen große Veränderungen in uns und um uns, um das zu bewältigen, was auf uns zukommt, und um das zu befrieden, was um uns geschieht.

Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine merken wir, wie fragil Frieden und Sicherheit sind. Nur indem wir uns ständig um sie bemühen und in Beziehung bleiben, bilden sich Frieden und Sicherheit stabil. Leider sind wir jetzt weniger Vermittlerinnen und Vermittler, sondern traurige Zeuginnen und Zeugen eines Krieges.

Ein Krieg, der zumindest die Chance in sich birgt, eine globale Gemeinschaft zu bilden. Eine Chance, im Schulterschluss mit allen Nationen alle Gräben der Freund-Feind-Logik zu überwinden und sich gemeinsam auf eine unsichere Zukunft zu konzentrieren, auf eine anstehende Transformation von Menschheit und Erde. Eine kleine Chance, zumindest.

Resilienz ist die Fähigkeit, auch unter hohem Druck seine Werte aufrechtzuerhalten. Was sind unsere Werte? Über Nacht die Zeitenwende ausrufen und 100 Milliarden Euro für unser Militär zu beschließen? Wäre es sinnvoller, dieses Geld in Friedensverhandlungen zu investieren und Soldatinnen und Soldaten allenfalls in gewaltfreier Verteidigung auszubilden? Oder müssen wir jetzt konsequent die Bundeswehr um- und eine europäische Armee aufbauen? Fragen, die auch uns bei Mehr Demokratie beschäftigen. Unterschiedliche Standpunkte dazu finden Sie in dieser Ausgabe.

Und mit unserem Schwerpunktthema Europa sehen wir, wie wichtig es jetzt ist, Europa neu und demokratischer zu gestalten und die Zusammenarbeit der EU gemeinsam mit allen neu zu verfassen.

Da wirkt die schöne Nachricht, dass der Bundestag bereits die Rahmenbedingungen und das Geld für die nächsten drei Bürgerräte beschlossen hat, geradezu nebensächlich.

Lesen Sie die folgenden Seiten mit Interesse und lassen Sie sich anregen.

Ihre



Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin



Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie.

Gegen Krieg und Krisen. Mehr Demokratie wagen!

Ein Einwurf von Ralf-Uwe Beck



Die vergangenen Jahrzehnte haben sich angefühlt wie eine Thermik der Hoffnung, ein lauer Aufwind, der – jedenfalls in Europa – die Hoffnung hat nach oben steigen lassen. Es war eine Stimmung, als hätte die Menschheit das Schlimmste eigentlich hinter sich.

Der Krieg galt als alte Karosse, mit der noch meine Großeltern unterwegs waren, meine Eltern auf dem Rücksitz. Diese Karosse stand hinterm Haus, dem Haus Europa, von hohem Gras überwuchert, und hat vor sich hin gerostet. Diese Karosse hat Putin hervorgezerrt und wieder in Gang gesetzt. Der historische Höhenflug Europas in Richtung „alles wird irgendwie besser“ ist damit ins Trudeln gekommen, manche Hoffnung ist bereits abgestürzt. Und schon ziehen die Gespenster des Kalten Krieges wieder auf: Aufrüstung, die Gefahr eines Atomkrieges, das Unversöhnliche.

Was geht uns das bei Mehr Demokratie an? Frieden, soziale Gleichheit, Natur- und Klimaschutz sind Staatsziele. Und alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. So steht es im Grundgesetz. Aber wie kommt zustande, was für uns und über uns beschlossen wird? Was ist der Staat, wessen ist der Staat? Und wie fühlen wir uns in ihm? Als Steuerzahlerin und Steuerzahler oder als Bürgerin und Bürger? Und was brauchen wir, damit wir uns dabei gut fühlen? Welche Erwartung verbindet sich damit und wer erwartet hier was und von wem? Ist der Staat für den Bürger da oder der Bürger für den Staat? Das sind die Fragen, die uns bewegen.

Nach einem Beratungs-Wochenende im Kanzleramt verspricht der Kanzler, die verkündete Zeitenwende mit 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr zu untersetzen. Was hat das mit uns zu tun? Ganz einfach, es ist unser Geld. Da sind wir mitten in der Spannung zwischen Bürgerin und Steuerzahlerin. Es sind 100 mal 1.000 Millionen Euro. Eine Schule kostet eine Million Euro. Von dem Geld

könnten also 100.000 Schulen gebaut oder eine vielfache Anzahl saniert werden. Das ist nur ein Rechenbeispiel. Wie wäre es, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zu den 100 Milliarden anzuschauen? Das ist nur ein Hinweis. Es müssen nicht wirklich Alternativen sein. Und Mehr Demokratie muss sich damit auch nicht beschäftigen. Aber dass es *nicht* oder *wie* es besprochen wird, das ist ein Thema für uns.

Die Regierung verkündet die Zeitenwende, der Bundestag debattiert, die Opposition schämt sich nicht einmal, auch den Krieg noch parteipolitisch auszuschlachten – und uns bleibt nichts anderes, als heute den einen offenen Brief zu unterschreiben und zwei Tage später den anderen?

Als in der Schweiz das Parlament beschlossen hatte, Milliarden Franken für den Kauf neuer Bomber auszugeben, gab es ein fakultatives Referendum. Ergebnis: Das Geld bleibt in der Kasse. Vielleicht würde dies heute unter dem Eindruck des Krieges anders ausgehen. Aber *debattiert* wurde die Entscheidung und alle konnten darüber abstimmen. Uns aber fehlt diese Einflussmöglichkeit. Es fehlt der bundesweite Volksentscheid, es fehlt der Volkseinwand.

Der Krieg ist eine Ratte, die sich durch alles frisst, vor der nichts sicher ist. Und sie zieht einen langen Rattenschwanz hinter sich her. Was hieße die vollständige Unabhängigkeit von fossiler Energie aus Russland? Einschnitte, ganz bestimmt. Die sind uns nicht zuzumuten, meint die Regierung. Dazu sagt der ZEIT-Journalist Bernd Ulrich: „Gut zu wissen, was die Regierung so über die Bürgerinnen und Bürger denkt. Wäre die Situation nicht jetzt die Steilvorlage für ein Energiesparprogramm? Die Düngemittelproduktion verschlingt Unmengen an Gas. Wie wäre es mit dem Gegenprogramm und dem Ausbau des ökologischen Landbaus und wegen der Ertragseinbußen wagen wir endlich den Einstieg in den Ausstieg aus der Massentierhaltung. Jetzt wäre es Zeit

für ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung – wie in Frankreich. Zeit für ein generelles Tempolimit. Die Mehrheit der Deutschen hat das gerade vor dem Hintergrund des Krieges längst verstanden.“

Uns nicht zumutbar? Das hat die Vorgängerregierung bei ihrem Klimapaket auch vorgeschoben, um dann, gedrängt vom Bundesverfassungsgericht, nachbessern zu müssen. Was uns zumutbar ist, wenn es darum geht, aus der Kriegsmisere herauszukommen, das wäre erst noch zu ermitteln. *Hier* wäre ein Bürgerrat hilfreich. Er kann *dann* politische Gestaltungsfreiräume erschließen, wenn es auszuloten gilt, wozu wir bereit und fähig sind, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen.

Dabei ist, was wir erleben, erst der Anfang. Neben dem Krieg gibt es ein halbes Dutzend weitere Krisen: das Artensterben, den Klimawandel, Pandemien, Hunger, Fluchtbewegungen. Diese Krisen werden sich nur mit mehr Demokratie bewältigen lassen. Nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Wie denn auch sonst. Das ist sehr wohl unser Thema. Schließlich setzen wir auf eine starke direkte Demokratie und auf ein Wahlrecht, das uns nicht nur das Gefühl vermittelt, tatsächlich eine Wahl zu haben.

Es liegt also auch an uns, wie es weitergeht mit diesem Land und überhaupt. /

Auszug aus der Eröffnungsrede von Ralf-Uwe Beck zur Bundesmitgliederversammlung am 14.05.2022 in Berlin.



Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher von
Mehr Demokratie.

Konferenz zur Zukunft der EU: Beteiligung wirkt!

Sarah Händel stellt die Ergebnisse vor



Die zuletzt immer schneller anwachsende „Welle der Deliberation“ hatte im Mai 2021 auch die EU erreicht. Weil Deliberation ja erst mal „nur“ reden bedeutet, hatten die EU-Institutionen zugestimmt, für eine Zukunftskonferenz 800 Menschen aus ganz Europa anhand möglichst diverser Kriterien auszulosen. In vier Themenbereiche aufgeteilt haben sie mithilfe fachlicher Expertise an drei Wochenenden jeweils drei Tage lang Ideen zur Weiterentwicklung der EU ausgearbeitet. Ergänzt wurde das Beteiligungsangebot durch eine Digitalplattform und weitere Veranstaltungen in den Mitgliedsländern.

Bei der Umsetzung der vier Bürgerpanels haperte es noch an vielen Ecken und Enden: zu wenig Zeit, zu viele Themen, Einseitigkeit bei der Expertenauswahl und unzureichende Repräsentation von Minderheiten. Und auch beim anschließenden Nachschärfen der Bürgerideen in neun Arbeitsgruppen mit EU-Abgeordneten hat es ordentlich gerumpelt. Am Ende stand zu befürchten, dass im Konferenz-Plenum die Bremser-Staaten einige der heißen Vorschläge kippen würden. Doch es folgte die Überraschung: Die 49 Vorschläge mit über 250 Unterpunkten, wurden von den Vertreterinnen und Vertretern aller EU-Institutionen unverändert gebilligt. Und sie weisen in eine klare Richtung: vorwärts!

Viele der Vorschläge, vor allem in den Bereichen „Klimawandel und Umwelt“, „Digitalisierung“, „Migration“ und „Kultur und Bildung“, lassen sich prinzipiell innerhalb der geltenden EU-Verträge umsetzen. Andere Vorschläge erfordern hingegen Vertragsänderungen. Die folgenreichsten Vorschläge und eine Auswahl der Ideen für eine bürgernahe EU sind:

EU-Institutionen, Entscheidungs- und Kompetenzstrukturen

- Initiativrecht und Budgetrecht für das Europaparlament
- Stärkeres Untersuchungsrecht des Europaparlaments
- Qualifizierte Mehrheit anstelle von Einstimmigkeit in Außen-, Sozial-, Steuer-, Haushaltspolitik und weiteren Bereichen
- Abschaffung der Einstimmigkeit bei Rechtsstaatsanktionen, um den Schutz der europäischen Werte zu sichern und Brüche des Rechtsstaatsprinzips angemessen zu bestrafen
- Steuerkooperation erleichtern durch eine qualifizierte Mehrheit statt Einstimmigkeit, um Steuerhinterziehung und Steueroasen wirksamer zu bekämpfen
- Ausweitung der EU-Kompetenz für Sozialpolitik, um auf ein Minimum an gleichen sozialen Rechten in allen EU-Staaten hinzuwirken

- Soziales Fortschrittsprotokoll in den Verträgen, um sicherzustellen, dass soziale Rechte Vorzug erhalten, wenn sie in Konflikt mit ökonomischen Freiheiten geraten
- Europäische Mindestlöhne, um angemessene Gehälter zu ermöglichen und klare Kriterien dafür in allen Mitgliedsländern zu etablieren, die regelmäßig evaluiert werden, außerdem kollektive Verhandlungskraft (Gewerkschaften) stärken
- Gesundheit als geteilte Kompetenz und europäische Mindeststandards für Gesundheitsfürsorge
- Universelle Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta (auch auf nationales Handeln)
- Ein EU-Bürgerrechts-Statut, das Rechte und Freiheiten auch grenzübergreifend garantiert, sowie eine bessere Rechtsgrundlage für ein europäisches NGO-Statut und Gemeinnützigkeitsrecht
- Neue europäische Grundrechte, zum Beispiel für Familien, Ehe für alle, Adoption und Mindestrenten
- Mehr eigene EU-Ressourcen für umfassende europäische Investitionen, um ausreichend in Zukunftsbereiche wie Nachhaltigkeit und digitale Transformation zu investieren und sich angemessen an den neuen geopolitischen Kontext (Ukrainekrieg) anpassen zu können; es sollte auch verstärkt die gemeinsame Schuldenaufnahme erwogen werden
- Einführung transnationaler Listen, um einen Teil der EU-Abgeordneten durch EU-weite Parteilisten mit Kandidatinnen und Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedsländern wählen zu lassen, außerdem: Angleichung der Wahlbedingungen, inklusive aktives und passives Wahlrecht ab 16 Jahren
- Einführung eines EU-weiten Referendums für außergewöhnliche Fälle auf Vorschlag des Europaparlaments

Und zu guter Letzt gibt es noch diese Forderung:

- Wiedereröffnung der Diskussion über eine Europäische Verfassung, um uns besser an unseren Werten auszurichten; eine Verfassung kann helfen, [...] Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und sich auf Regeln der Entscheidungsfindung zu einigen

Viele dieser Vorschläge erfordern einen Vertrags-Veränderungs-Konvent nach Art. 48. Doch die Herausforderung ist noch größer. Denn viele wichtige Themen haben auf der Konferenz zwar eine Rolle gespielt, entscheidende Strukturfragen jedoch blieben oft außen vor. Dazu gehören vor allem, das Machtübergewicht der nationalen Regierungen, wodurch nationale Perspektiven oft eine gemeinsame europäische Sicht überschatten. Aber auch die undemokratische Verschmelzung von Legislative und Exekutive im Rat oder die Diskussion umfassender Beteiligungsstrukturen, die über Deliberation hinausreichen. Sollen auch diese Themen auf den Tisch, braucht es einen erneuten Anlauf für eine vollumfängliche EU-Verfassung, wie auch von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert. Und tatsächlich hat die Konferenz zur Zukunft der EU - für viele überraschend - eine Dynamik ausgelöst. Die Tür zu Vertragsänderungen hat sich einen Spaltbreit geöffnet und auf dem EU-Gipfel am 23./24.06.2022 wird sich zeigen, ob eine Mehrheit der europäischen Regierungen bereit ist, sie ganz aufzustoßen. Dann wird der große Machtkampf um die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips beginnen. Und die große Herausforderung wird sein, diese davon abhängig zu machen, ob die EU gleichzeitig auch dezentralisiert und demokratisiert wird. /

Bürgerbeteiligung, Bürgermitspache und Transparenz

- Mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen und in den Institutionen, indem unabhängige Bürger-Beobachterinnen und -Beobachter die Prozesse eng mitverfolgen können, Dokumente einsehbar werden und ein breiter Online- und Offline-Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und EU-Institutionen angeregt wird.
- Einen rechtlich verbindlichen Rahmen für periodisch stattfindende, geloste Bürgerräte etablieren.
- Wirksamkeit bestehender Beteiligungsverfahren verbessern und neue Verfahren entwickeln, alle Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten auf einer digitalen Plattform zusammenfassen, die auch Ideeneinbringung, Kommentierung von Gesetzesvorschlägen und Online-Abstimmungen ermöglichen soll
- Strukturelle und finanzielle Unterstützung, um Teilhabe der Zivilgesellschaften zu stärken, mit speziellem Fokus auf Jugendliche, ergänzend einen Jugend-Check für Gesetze einführen



Sarah Händel

Mitglied des Bundesvorstands und Bereichsleiterin Europa.

„Sprechen und Zuhören“ – Ein neues Format bei Mehr Demokratie

Wenn aus der Krise heraus etwas Neues entsteht –
ein Bericht von Anne Dänner

Den Anstoß gab Corona: Die Pandemie hat uns als Gesellschaft nicht nur medizinisch, organisatorisch und politisch auf die Probe gestellt. Sie hat auch Beziehungen verändert. Bindungen und Zugehörigkeiten, die vorher klar schienen, waren plötzlich ganz anders. Während die einen im Lockdown förmlich aufeinandersaßen, hatten die anderen kaum noch direkten Kontakt zu Mitmenschen.

Fragen wie „Wie schlimm/gefährlich ist Corona?“, „Ist eine Impfung sinnvoll?“, „Wie weit sollten wir uns einschränken/Rücksicht nehmen?“ haben Freundschaften und Famili-

„Ich kann mich viel besser konzentrieren [als bei normalen Diskussionsveranstaltungen]. Es fallen nicht immer so viele Diskussionshinweise.“

enbindungen auf eine Belastungsprobe gestellt. Viele Menschen haben solche Fragen im Bekanntenkreis oder Arbeitsumfeld irgendwann gar nicht mehr angesprochen, aus Sorge vor den Reaktionen, aus Genervtheit oder schlicht

aus Resignation. Die ersten Gesprächsräume für Mitglieder, die Mehr Demokratie 2020 anbot, hatten somit eine regelrechte Ventil-Funktion. Endlich das aussprechen können, was einen bewegt! Wichtig waren hierbei der klare Rahmen, eine achtsame Einleitung und Moderation, die eine Eskalation verhinderten.

Dem Schweigen etwas entgegensetzen

Auch im Mitarbeitenden-Team haben wir Ende 2021 eine gewisse Corona-Sprachlosigkeit und Diskussions-Ermüdung festgestellt. Das ging so weit, dass sich Menschen fragten, ob sie bei Mehr Demokratie „noch richtig seien“. Doch statt uns anzuschweigen oder uns über den internen Messenger-Kanal mit Argumenten zu bombardieren, haben wir einen Online-Raum geöffnet, wo alle, die wollten, sich in die Augen schauen und ihre ganz persönliche Sicht auf die Pandemie teilen konnten. Ohne dass bewertet und kommentiert oder wegargumentiert wurde. Am Schluss hatten sich die Positionen nicht unbedingt angenähert, aber das Verständnis und Gespür für die Position der anderen waren gewachsen – und die Meinungsverschiedenheiten somit auch leichter auszuhalten.

Anfang dieses Jahres entstand die Idee, das Format auch im Kreis unserer Mitglieder sowie Interessentinnen und Inter-

essenzen anzubieten. Wichtig war uns, dass dabei bestimmte Regeln gelten: Jede bzw. jeder spricht von sich. Jede Person hat gleich viel Redezeit und die anderen hören währenddessen zu. Kommentiert, bewertet oder argumentiert wird nicht.

Emotionen bestimmen unser Alltagshandeln

Wir haben uns ganz bewusst entschlossen, die an dieser Stelle bei Mehr Demokratie so geschätzte und gut eingeübte Fakten-Debatte zunächst einmal nicht zu führen. Nicht, weil sie nicht wichtig wäre. Sondern weil sie nur einen Teil der Realität beleuchtet und ein anderer Teil, nämlich das „Gefühlte“, dem gegenüber noch recht unterbelichtet, aber ebenso wichtig ist. „Ausgerechnet die Wissenschaft selbst hat in den vergangenen Jahren ein ums andere Mal belegt, dass Menschen ihre Urteile und Ansichten von der Welt gar nicht auf der Basis einer gesicherten Faktenlage und guter Argumente bilden.

„Er hat ja gerade gesagt: Ich traue mich das eigentlich nicht zu sagen. Und doch! Wir sagen es. Vielleicht ist genau das unsere Aufgabe, dass wir sprechen [...], dass wir unsere Sorgen und Ängste aussprechen.“

Statt an der Vernunft orientieren sie sich lieber an ihrem Umfeld, an dem, was ihre moralischen oder religiösen Überzeugungen nahelegen, oder schlicht an ihrem ‚Bauchgefühl‘, schreiben Maximilian Probst und Ulrich Schnabel in der ZEIT.¹ Viele Ansätze in den Kultur- und Sozialwissenschaften, der Philosophie und der Psychologie gehen davon aus, dass die Welt durch unterschiedliche „Brillen“ verschieden wahrgenommen wird und so je nach Beobachter auch unterschiedliche Realitäten entstehen. Doch die Erkenntnis, dass es statt „objektiv richtig“ und „objektiv falsch“ bei vielen Fragen Abstufungen und Varianten gibt, spielt in unserer Alltagswahrnehmung oft keine Rolle. Probst und Schnabel schreiben dazu: „Entscheidend für die richtige Kommunikation ist auch die Unterscheidung des ‚schnellen‘ und des ‚langsamen Denkens‘, die wir dem Kognitionspsychologen Daniel Kahneman verdanken. Das schnelle Denksystem ist intuitiv, automatisch und gefühlsgesteuert, das andere hingegen rational, gründlich und eher anstrengend. Wissenschaftler appellieren fast ausnahmslos an das zweite, ‚langsame‘ Denksystem; schließlich entspricht dies genau ihrer Methodik mit Messungen,

Theorien und Diskussionen, aus denen sich allmählich ein Konsens herauschält. Im Alltag hingegen agieren die meisten Menschen im schnellen Denkmodus.“

„Was wir jetzt tun, ist schon wunderbar. Und ich glaube, dass es hilft.“

Die Herausforderung: Gefühl und Fakten zusammenbringen

Demokratie heißt: Wir müssen es irgendwie hinbekommen, uns im politischen Diskurs zu einigen. Dabei sind zwei Annahmen hilfreich: 1. Wir erkennen an, dass die Welt durch andere Brillen anders aussehen kann als durch unsere eigene. 2. Wir lassen den Gedanken zu, dass es bei den meisten Themen statt „schwarz = falsch“ und „weiß = richtig“ viele Graustufen gibt. Dieses Anerkennen ist aber wie oben beschrieben eben kein rein intellektueller Vorgang, es muss auch erfahrbar sein und gefühlt werden können. Dafür brauchen wir Räume und Werkzeuge. Fragen wie „Wie geht es mir mit der Klimakrise?“ „Was lösen die Bilder aus der Ukraine bei mir aus?“ scheinen auf den ersten Blick vielleicht nebensächlich, wenn man doch auch über die Anzahl der gelieferten Panzer oder Vorschläge für Wirtschaftssanktionen sprechen könnte.

Auch im politischen Feld läuft die Kommunikation oft noch so ab, dass eine Person den anderen erklärt, was sie verstanden und herausgefunden hat. Im Gegensatz dazu bringen (so der oben zitierte ZEIT-Beitrag) gute Dialoge „Menschen so ins Gespräch miteinander, dass sie voneinan-

„Aus jedem Online-Angebot bin ich ein Stück ermutigt und gestärkt herausgegangen. Ich hatte jedes Mal das Gefühl, viele Gleichgesinnte um mich zu wissen [...]“

der lernen. Selbst wer meint, etwas besser zu wissen, respektiert im Dialog sein Gegenüber als Menschen mit eigenen Emotionen, Interessen und Unsicherheiten. Auf diese Weise gelingt Verständigung besser als nach dem Informationsdefizit-Modell.“ Anders gesagt: Erst wenn wir uns gegenseitig mit allen Denkweisen und Gefühlen wahrnehmen und akzeptieren, erhalten wir eine stabile Basis, um Debatten zu führen, Argumente auszutauschen und nach Lösungen zu suchen. Das Format „Sprechen und Zuhören“ kann man demnach als eine Art Grundlagenforschung für eine besser funktionierende Demokratie verstehen.

¹ www.zeit.de/2022/17/wissenschaft-kommunikation-oeffentlichkeit-medienkompetenz

Zuhören: Eine eigene Art von Friedensarbeit

Während wir noch ganz bewegt von den positiven Reaktionen auf den ersten Gesprächsraum waren, hat uns die Geschichte rechts überholt: Putins Einmarsch in die Ukraine hat viele Menschen überrascht und die Welt in ihrer Wahrnehmung über Nacht verändert. Schnell kam die Frage auf: „Wie sollten wir als Demokratie-Verein angemessen auf die Ukraine-Krise reagieren? Und bald folgte die schmerzhafteste Erkenntnis: Auf die direkte Situation in der Ukraine und auch in Russland haben wir kaum Einfluss. Und doch ist es nicht egal, wie wir als Demokratie-Verfechterinnen und -Verfechter uns jetzt aufstellen. Das Naheliegendste schien uns, unser neues Format auch auf die neue Krise anzuwenden: Denn einander zuhören, in Kontakt und im Gespräch bleiben, auch wenn die „andere“ Position manchmal schwer auszuhalten ist, fördert den inneren und äußeren Frieden.

„Es ist berührend, dass wir hier als Fremde so miteinander sprechen können.“

Diese Art von Friedensarbeit zu unterstützen, ist eine Aufgabe für Mehr Demokratie – nicht nur in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, sondern auch mit Blick auf Corona, die ständig im Hintergrund schwelende Klimakrise, Ungleichheit usw. Denn die Auswirkungen der sich überlagernden Krisen spüren wir hier und jetzt, in Familien, Freundeskreisen, Arbeitsumfeld und politischen Debatten. Je rauer der Ton und je unversöhnlicher die Positionen, desto schwieriger wird das Ringen um Lösungen.

Ganz akut begleitet uns der Krieg in der Ukraine mit schrecklichen Bildern und Berichten, bald werden vielleicht wieder Hochwasser und Waldbrände hinzukommen. Auf der rationalen Ebene tauschen wir Argumente aus, ringen um Lösungen und geeignete Instrumente. Aber auch emotional müssen wir mit dem Geschehen umgehen: Was lösen die aktuellen Ereignisse und Erkenntnisse in uns aus? Wie kommen wir klar in einer Welt, die nie mehr so „in Ordnung“ sein wird, wie wir uns das wünschen?

Schritt 1: Einen stabilen Boden schaffen

Der Austausch darüber ist vielleicht kein direkter Hebel, um Probleme zu lösen. Aber er bildet einen stabilen Boden, auf dem wir solche Hebel gemeinsam bauen und bedienen können. Wenn dieser Boden nicht vorhanden ist oder schwankt, haben wir noch mehr Probleme als ohnehin schon. Ist er dagegen stabil, sind wir resilient, das heißt, wir können auch unter dem Druck der aktuellen Herausforderungen so handeln, wie es unseren Werten entspricht.

Sechs Gesprächsräume, zunächst zum Thema Corona und dann zum Ukraine-Konflikt, haben bereits stattgefunden. Die Resonanz der zwischen 40 und 130 Teilnehmenden war sehr positiv. Und wir lernen dabei unglaublich viel. Mit jedem Treffen entwickeln wir das Format etwas weiter, passen Kleinigkeiten an, bauen neue Elemente ein, ändern die Moderation etwas ab.

„Es ist [gerade in Corona-Zeiten] wie ein Fest, wenn man sich einfach trifft.“

Jeder einzelne Mensch macht einen Unterschied

Besonders lehrreich ist für mich bisher folgende Erfahrung: Es kommt tatsächlich auf jeden einzelnen Menschen an. Die Ansichten und Energie, die ein einzelner Mensch in seiner Kleingruppe oder auch in der großen Runde teilt, können alles verändern. Wenn nur eine Person im Raum ist, die ausschließlich negativ und pessimistisch spricht, wirkt sich das auf die anderen aus. Sie resignieren oder gehen in den Widerstand. Auf der anderen Seite sind es manchmal einzelne Sätze oder Gedanken, die eine ganze Gruppe inspirieren und wieder viele weitere Lösungsansätze erzeugen. Wenn man sich nun vorstellt, dass jeder einzelne Mensch, der an einem Gesprächsraum teilnimmt, auch danach in sein Umfeld hineinwirkt, in Deutschland und vielleicht darüber hinaus ..., was für eine Kraft kann da entstehen.

Dazu ein kleines Gedankenexperiment: Nehmen wir das Pandemie-Gefühl und kehren es ins Positive um. Jeden Menschen, dem man begegnet, kann man potenziell anstecken und man kann auch von ihm angesteckt werden – und zwar mit einer neuen Idee, einem anderen Blickwinkel oder ganz einfach mit Empathie. Wenn sich ein Virus exponentiell verbreiten kann, warum dann nicht auch neue Denkweisen und innere Haltungen? /



„Sprechen und Zuhören“ wird getragen und weiterentwickelt von: Susanne Socher, Steffen Krenzer, Anselm Renn, Anne Dänner und weiteren Mitarbeitenden von Mehr Demokratie je nach Thema.



www.mehr-demokratie.de/serviceberatung/sprechen-und-zuhoeren



Anne Danner




Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.

Bei uns können Sie mitsprechen.
Fragmente aus unserer Reihe
„Sprechen und Zuhören“. Jetzt
anmelden und Einladungen zu
allen Veranstaltungen bekommen.



SPRECHEN & ZUHÖREN

ZEIT OHNE KONZEPT
SELBSTVERTEIDIGUNG
FASSUNGSLOSIGKEIT
UN SICHERHEIT
MENSCHHEITSFAMILIE
TRAUMA POLARISIERUNG
BESONNENHEIT
TRANSGENERATIONALES TRAUMA
WILLE ZUM FRIEDEN
DIFFERENZIERUNG
FRUSTVENTIL
VERWIRRUNG
HOFFNUNG
ZERRISSENHEIT
DEMOKRATIE
ATMEN
MENSCHEN
HILFLOSIGKEIT
FASSUNGSLOSIGKEIT
SYSTEMFRAGE
WAFFEN
KOMMUNIKATION
DEESKALATION
FRIEDENSFORSCHUNG
MENSCHHEITSFAMILIE
UN SICHERHEIT
SCHWARZ-WEISS-POLEMIK
WIRTSCHAFTSINTERESSEN
MENSCHEN 1. UND 2. KLASSE
SPALTUNG VERHINDERN
ANGST
HINSCHAUEN AUF NEUES
DIPLOMATIE
WAHRHEIT FINDEN
KRIEGSAUTARKIE
UKRAINE

 facebook.com/mehrdemokratie
 twitter.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**